



Kosovo und die Folgen **Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 2.** **Halbjahr 1999**

Peter Schmidt

*Kosovo und die Folgen. So läßt sich knapp ein wesentlicher Teil der Artikel inhaltlich charakterisieren, die in den Fachzeitschriften Frankreichs und Großbritanniens im letzten Halbjahr des Jahrtausends erschienen sind. Kritik an Strategie und Politik von NATO und EU sind darin ebenso zu finden wie Analysen der Lage und Haltung Rußlands und der Vereinigten Staaten sowie Überlegungen, welche Folgerungen auf seiten von Allianz und Union aus der Situation auf dem Balkan zu ziehen sind. Was Problemlösungen betrifft, bleiben die Beiträge allerdings recht allgemein. In der einen oder anderen Form wird gefordert, den Balkan an die EU anzubinden oder gar längerfristig zu integrieren, was im Blick auf die in den Zeitschriften diskutierten Probleme und Dilemmata jedoch mehr einem Passepartout als einem konkreten Lösungsvorschlag gleicht. Oft wird es auch als unvermeidlich erachtet, daß das Kosovo unabhängig wird. Zugleich wird dann aber auf die denkbaren katastrophalen Konsequenzen eines solchen Schrittes für die Ordnungsstruktur auf dem Balkan und das Umfeld hingewiesen (Stichwort: Groß-Albanien).**

Frankreich, das Kosovo und die „Hyper-Macht“ USA

Die 78tägige NATO-Luftoperation gegen Serbien hat in manchen Zirkeln Frankreichs einen **Anti-Amerikanismus** aufflammen lassen, der sich in den hier betrachteten Fachzeitschriften allerdings nur bedingt niederschlägt. Am deutlichsten wird er bei Général (CR) **Paul Arnaud de Foïard**. Sein Artikel gleicht einem Aufruf zum Widerstand gegen eine „angelsächsische“ Verschwörung. Seiner Ansicht nach organisiert sich der angelsächsische „Griff zur Weltmacht“ in Institutionen wie dem Council of Foreign

* Naturgemäß konnten weder die EU-Beschlüsse von Helsinki noch auch die Fortsetzung des Krieges in Tschetschenien im neuen Jahr in den zu referierenden Abhandlungen aufgearbeitet werden. Die genauen Titel und Fundstellen der Aufsätze sind auf S. 11 ausgewiesen.

2 Siehe <http://www.foreignrelations.org/public>.

Relations², dem Royal Institute of International Affairs³, den Bilderberg-Konferenzen⁴ sowie der Trilateralen Kommission⁵. Ihnen gehörten auch viele französische Persönlichkeiten an.

Differenzierter betrachtet Capitaine de vaisseau **Jean Dufourcq** Frankreichs Verhältnis zur englischsprachigen Welt, obwohl auch er pauschalierend von „den Angelsachsen“ spricht. Er will die Adaption des angelsächsischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells nicht verhindern, sondern nur mäßigen und die innovativen Kräfte Frankreichs stärken. Europa spielt für ihn dabei eine zwiespältige Rolle, weil es auf der einen Seite Frankreichs Energien mobilisiere, auf der anderen Seite seine Phantasie „sterilisiere“.

In einem lesenswerten Überblick über regionale militärische Interventionen – vom Afghanistan-Krieg Rußlands bis zur NATO-Intervention auf dem Balkan – zeichnet **André Fontaine**, ehemaliger Chefredakteur von *Le Monde*, deren Antinomien nach. Am Beispiel des Kosovo weist er auf einen offensichtlichen und doch wenig beachteten Widerspruch hin: den zwischen den globalen Visionen der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten und der Entschlossenheit der südosteuropäischen Völker, ihre Identität unter allen Umständen zu bewahren. Damit lenkt er den Blick auf eine Frage, die regelmäßig von jenen ausgeblendet wird, die fordern, daß der Balkan europäisch eingebunden werden muß. Sind diese neuen Staaten wirklich zum Souveränitätsverzicht willens und fähig, zu einem Verzicht also, für den die Gründungsstaaten der EG Jahrzehnte gebraucht haben?

Letztlich weicht Fontaine einer Antwort auf diese Frage aus. Auch er fordert die Anbindung der Region an die EU. Dies überrascht insofern, als Fontaine's Aufsatz mit skeptischen Bemerkungen zur EU endet: schwacher Euro, geringe Beteiligung der europäischen Bürger an den Europawahlen vom Juni 1999 und der Erfolg der französischen „Souveränisten“ bei diesen Wahlen. Zusätzlich unterminierten Arbeitslosigkeit und hohe Steuern die Position der EU in der internationalen Politik. Ohne diese Grundeinstellung näher zu beschreiben, mahnt Fontaine eine neue Ideologie jenseits der Tendenzen in Richtung Markt und Globalisierung an. Seiner Ansicht nach bieten diese beiden dominierenden Trends keine Antwort auf alle Probleme unserer Tage. Eine Feststellung, der man auf dieser Abstraktionshöhe kaum widersprechen kann.

François Heisbourg, Chairman of the Geneva Centre for Security Policy, setzt sich in differenzierter Weise mit dem Thema „Amerika“ und dem Diktum des französischen Außenministers Hubert Védrine auseinander, daß die Vereinigten Staaten eine „Hypermacht“ seien. Heisbourgs Position: der „Hypermacht“ sind deutliche Grenzen gesetzt. So führt er etwa die Tatsache an, daß die Vision Präsident Bushs, eine „neue Welt-

3 Siehe <http://www.ria.org>.

4 Zu den Ursprüngen der Bilderberg-Stiftung siehe <http://www.parascope.com/mx/articles/bilderberg01.htm>.

5 Siehe <http://trilateral.org/eurgp/regmtgs/99ath.htm>.

ordnung“ zu etablieren, schon beim Amtsantritt von Präsident Clinton 1992 vom Tisch war. Auch auf militärischem Gebiet läßt sich die Stärke der Vereinigten Staaten trotz massiver Überlegenheit offensichtlich nicht allseits erfolgreich nutzen: Die Konflikte auf dem Balkan und in Afrika weisen, so meint er, einen unentwirrbaren, schwer zu beeinflussenden Charakter auf. Daß Saddam Hussein im Irak trotz des Sieges der Golf-Koalition an der Macht blieb, wertet er als weiteren Beleg für die Grenzen amerikanischer Militärmacht. Wesentliche regionale Entwicklungen hätten sich ebenfalls amerikanischem Einfluß entzogen (siehe die indischen Nukleartests vom Mai 1998, der Start der nordkoreanischen No-Dong-Rakete im August 1998).

Für Heisbourg ist das europäische Hauptproblem mit den Vereinigten Staaten nicht deren angeblicher Hypermacht-Status, sondern ihr Hineingleiten in unilateralistische Verhaltensweisen. Diese zeigten sich zum Beispiel in der Weigerung, US-Streitkräfte unter VN-Kommando zu stellen, an den Schulden bei den VN, der amerikanischen Sanktionspolitik zu Lasten von Drittländern und dem Widerstand gegen den Internationalen Strafgerichtshof. Erfolge der transatlantischen Beziehungen sieht er im Falle Bosniens und des Dayton-Vertrags, der Erweiterung der NATO und auch in der Luftoperation gegen Serbien. Obwohl er keine eingehende Analyse der Gründe und Mechanismen bietet, die der amerikanischen Macht Grenzen setzen, deutet er einen Grund immerhin an: Während für die Vereinigten Staaten das militärische Instrumentarium weiterhin eine bestimmende Machtquelle bleibt, spielen sich die internationalen Beziehungen zunehmend in verflochtenen Netzwerken ab, in denen der Einfluß militärischer Macht abnimmt. Für Heisbourg verstrickt sich Amerika zunehmend im Spannungsfeld zwischen seinen unilateralistischen Neigungen und seinen Verpflichtungen in multilateralen Organisationen, zwischen der Betonung des Militärischen und dem Rückgang seiner Bedeutung. Die Folge: das amerikanische Engagement in der Welt verliert den „Projekt-Charakter“ und folgt seiner Ansicht nach mehr und mehr den Gesetzen bloßer bürokratischer Trägheit. Vor allem für Asien sieht er in dieser Tendenz eine Gefahr, weil es dort keine Alternative zum amerikanischen Engagement gibt. Inwieweit die EU imstande ist, eine tragfähige Alternative zu entwickeln, untersucht er nicht. Ohnehin führt er kaum Belege für seine abschließenden Aussagen an.

Ähnlich differenziert analysiert **Frédéric Bozo**, Professor an der Universität Nantes und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ifri (Paris), die Atlantische Allianz. Er wirft einen Blick auf die Zeit von 1979 bis 1999, jene zwanzig Jahre, an deren Beginn mit dem sogenannten Doppelbeschuß eine äußerst schwierige Allianzentscheidung und an deren Ende der erste Kriegseinsatz der NATO stand. Seinen relativen Skeptizismus im Hinblick auf die Zukunft der Allianz begründet er damit, daß die doppelte Erweiterung (neue Mitglieder und neue Aufgaben) mit einer Hypothek belastet war: Die Allianz muß sich nämlich beim Krisenmanagement auf das militärische Instrumentarium konzentrieren. Diese Argumentation ist nachvollziehbar, sie übersieht aber, daß im System der

„interlocking institutions“ andere Mittel der Politik ebenso genutzt werden können. Kritisch für die Strategie der USA und der anderen NATO-Staaten im Umgang mit Serbien ist aus Bozos Sicht die Tatsache, daß interne Faktoren die Strategie dominierten. Damit macht er allerdings wenig Hoffnung, daß die Europäer nach Ausbau ihrer eigenen Kapazität eine bessere Praxis entwickeln könnten.

Den gleichen Sachverhalt drückt **Pierre Hassner** vom Centre d'études et de recherches internationales (CERI, Paris) in einem sehr lesenswerten Interview prägnanter aus, wenn er sagt, daß der Westen die Regeln der Strategie im Falle Kosovos umgedreht hätte: die Regierungen hätten sich mehr um die öffentliche Meinung als um den Gegner gekümmert. Abgesehen davon seien die eingesetzten militärischen Mittel untauglich gewesen. Man könne keinen Krieg nur mit Luftschlägen gewinnen. Mit wenigen Worten rückt er obendrein einige Mythen der französischen Debatte zurecht, indem er feststellt: Rambouillet sei keine Manifestation des US-Imperialismus gewesen, da die Verhandlungsführung in den Händen Frankreichs und Großbritanniens gelegen habe. Der in Frankreich immer wieder zu hörenden Kritik, daß Amerika Landoperationen vermeiden wollte, begegnet er mit dem Hinweis, daß auch Franzosen über das Nichtzustandekommen dieser Operationen sehr glücklich gewesen seien. Letztlich hätten die Verhandlungsführer in Rambouillet fälschlicherweise geglaubt, man müsse die verfeindeten Gegner nach Dayton-Manier nur an einem Ort versammeln, um sie unter Bombardierungsdrohung zur Unterschrift zu zwingen. Die Europäer hätten schlicht vergessen, daß Milošević in Dayton durch die kroatischen und bosniakischen Angriffe zum Einlenken bewogen worden wäre.

Noch vehementer weist **Paul Garde**, emeritierter Professor für Slavistik und Linguistik, in einem Artikel zum Kosovo-Konflikt einseitige USA-Kritik in Frankreich zurück. In einem Postskriptum bemerkt er, daß er bewußt den Terminus „der Westen“ (und nicht „die Amerikaner“) benutzt habe, obwohl manche seiner Landsleute an dieser Stelle „aufschreien“ würden. Tatsächlich seien die europäisch-amerikanischen Interessenunterschiede lediglich gradueller Natur gewesen: die europäischen Interessen seien offensichtlich, die Amerikas weniger augenscheinlich gewesen; doch die Vereinigten Staaten hätten, wie in beiden Weltkriegen, über mehr und wirksamere Mittel verfügt. Besonders aufschlußreich ist seine sehr kenntnisreiche historische Analyse des Kosovo-Konflikts: Er skizziert die Einzigartigkeit der Konfliktkonstellation nach, weist auf die „Militär-Kultur“ der Serben hin und widerlegt die These, daß nur die UCK volle Unabhängigkeit anstrebe, während Rugova sich mit „Autonomie“ begnüge. Sehr kritisch betrachtet er die Rolle der EU. Eine gemeinsame EU-Politik auf dem Balkan sei vor acht Jahren, als Vukovar brannte und sich die USA nicht für den Bosnien-Konflikt interessierten, möglich gewesen. Damals hätte die EU versagt: Die Europäer seien gespalten gewesen. Trotz dieser skeptischen Einschätzung sieht er einzig in der EU-Anbindung dieser Region eine Möglichkeit zur Lösung des Balkan-Problems.

Die Lage im Kosovo – Europäisierung als Ausweg?

Die Lage im Kosovo – und insbesondere die zentrale Rolle der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK)⁶ – analysiert **Christophe Chiclet**, Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Confluences Méditerranée*, in einem sehr informativen Artikel in *Politique internationale*. Er zeichnet den Existenzkampf der UCK nach, die auch vor der Ermordung politischer Gegner und Abtrünniger nicht zurückschreckte; schildert, wie sie auf dem Schlachtfeld geschlagen wurde und ihr in der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) ein politischer Konkurrent⁷ entstand.

Sehr kritisch durchleuchtet Chiclet die Politik der Vereinigten Staaten: Sie hätten die UCK zu stark unterstützt und ihr die Möglichkeit gegeben, den Waffenstillstand vom 13. Oktober 1998 zu sabotieren. Washington hätte die UCK als Trojanisches Pferd gegen die Serben benutzt (er übersieht dabei, daß sich dies deshalb ergab, weil eine Operation mit Landstreitkräften vermieden werden sollte). Für die weitere Entwicklung sieht er die Gefahr, daß sich das Kosovo zu einem mafiosen Kleinstaat entwickelt, dessen Rückständigkeit als Sprengsatz auf einem mehr und mehr zersplitterten Balkan wirke. Wenn die internationalen Bemühungen zur Stabilisierung scheiterten, sieht Chiclet schwerwiegende Konsequenzen für Mazedonien, Montenegro, Sandschak, Albanien, Griechenland und Bulgarien voraus. Der gegenwärtige Status des Kosovo sei hybrid. Es sei weder eine Kolonie noch ein Protektorat, sei formal noch Teil der Republik Jugoslawien, doch faktisch unabhängig und hätte sogar eine eigene zivil-militärische Streitmacht. Letztlich steckt aus seiner Sicht die internationale Gemeinschaft in einem Dilemma. Einerseits stelle die De-facto-Unabhängigkeit ohnehin schon einen Faktor regionaler Instabilität dar, andererseits würde sich die Büchse der Pandora erst recht mit der Gefahr eines Groß-Albanien öffnen, wenn die Staatengemeinschaft Kosovo in die völlige Unabhängigkeit entließe. Dies würde dann wiederum nicht nur die Unabhängigkeit der jungen mazedonischen Republik gefährden, sondern unter Umständen auch groß-bulgarische Träume stimulieren. Auf diese Weise könnte das Kosovo zum „Tschetschenien des Balkans“ werden – Prognosen, die sich nach dem Lagebericht von Bruno Lezzi vom

6 Chiclet hat die Überleitung der UCK in ein sogenanntes Kosovo-Schutzkorps (KPC), die am 1. Februar 2000 stattgefunden hat, noch nicht berücksichtigt. Unter Führung des UCK-Kommandanten Ceku soll das Korps 3000 Mann im aktiven Dienst und 2000 Reservisten umfassen. Mit Ausnahme von 200 Pistolenträgern ist das Korps unbewaffnet. Ob der Übergang in eine – mehr oder weniger – zivile Truppe gelingt, ist schwer einzuschätzen.

7 Ursprünglich verstand sich die LDK als politische Führung der UCK. Im Juli 1999 wurde die LDK veranlaßt, ihre bisherige Untergrundtätigkeit aufzugeben und sich unter dem Namen „Partei der demokratischen Union“ (PBD) zu etablieren. Zu einer kurzen, aber trotzdem detaillierten Darstellung der Entwicklung der politischen Struktur im Kosovo siehe den Artikel von Stephan Lipsius, Mitarbeiter des Südost-Instituts, in der Frankfurter Rundschau vom 24.1.2000 (S. 8) unter dem Titel: „Quo vadis, Kosovo“.

Jahresende jedoch bisher nicht zu bewahrheiten scheinen,⁸ auch wenn die Risiken, wie die jüngsten Morde belegen, weiterhin groß sind.

Vor diesem Hintergrund wirkt der Titel des Aufsatzes euphemistisch, den der *Le Monde*-Journalist **Michel Tatu** für *Politique internationale* verfaßt hat: „Kosovo: Une chance pour l'Europe“. Er sieht, wie die meisten Beobachter, in der Europäisierung die einzige Chance für die Region. Im Unterschied zu anderen stellt er jedoch keine vagen Forderungen, sondern geht auf die Voraussetzungen einer solchen Politik auf seiten der EU ein. Er beklagt, daß Brüssel hohe Beitrittschürden aufrichtet, und plädiert für eine anpassungsfähigere Union, die sich wesentlich beitriffsöffener zeigt, indem sie mehr Wert auf die politischen statt auf die wirtschaftlichen Beitrittskriterien legt. Politisch handlungsfähig soll die EU durch eine Gruppe von Staaten werden, die ein Kern-Europa bilden. Tatus sonstige Ausführungen überraschen etwas, denn er stimmt in das Credo derjenigen ein, die die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten abbauen wollen. Ob ein solcher Abbau sinnvoll und geboten ist, diese Frage hat er analytisch nicht aufbereitet. Seiner Ansicht nach braucht Europa vor allem eine eigene, leistungsfähige Rüstungsindustrie. Außerdem müßten die Verteidigungsausgaben erhöht werden; eine Forderung, die im Lichte der erkennbaren Planungen für die kommenden Jahre etwas illusorisch erscheint.⁹

Philippe Moreau Defarges (ifri, Paris) gehört – ähnlich wie Chiclet – zu denjenigen, die die Erweiterung der EU forcieren wollen, um die Stabilität in Europa zu fördern. Für ihn ist der Kosovo-Konflikt ein Indiz für eine tiefgreifende Spaltung in Europa. Er gibt seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Völker wieder in den Bann der alten Dämonen des Nationalismus geraten. Gleichzeitig geht er davon aus, daß die Bürger kein föderatives Europa wollen. Defarges schlägt vor, daß die Erweiterung ohne große institutionelle Reform vollzogen wird.¹⁰ So hätte die Union immer funktioniert. Erst die damit entstehenden Herausforderungen würden die Entscheidungsträger unter den Zugzwang setzen, der für Reformen notwendig ist.

Mit einem wesentlichen Teilaspekt des Problems, nämlich der Frage, welchen Preis die EU-Mitgliedsstaaten bezahlen müssen, wenn sie – wie in Helsinki im letzten

8 Neue Zürcher Zeitung vom 23.12.1999, Internetausgabe (http://www.nzz.ch/online/02_dossiers/kosovo/kos991223lz.htm).

9 Vgl. die Ausarbeitung von Lutz *Unterseher*, *Europe's Armed Forces at the Millennium: A Case Study of Change in France, the United Kingdom, and Germany*, Cambridge, Mass.: Project on Defense Alternatives (PDA), 1999 (siehe <http://www.comw.org/pda/>).

10 Eine gewisse Unterstützung findet seine Position, was die Sicherheitspolitik betrifft, auch im beitriffsnahen Polen, das die Entscheidungsprozesse des EU-Gipfels von Helsinki mit großer Skepsis verfolgt hat (siehe die Aktuelle Analyse von Kai-Olaf *Lang*, *Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension*, Teil I und II, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 62 und 63/1999).

Dezember beschlossen – einen wesentlichen militärischen Stabilisierungsbeitrag in Europa leisten wollen, beschäftigt sich am Beispiel Großbritanniens **Julian Lindley-French**, Stellvertretender Direktor des International Centre for Security Analysis, Department of War Studies, King's College (London). Er argumentiert, daß derzeit letztlich nur drei Staaten substantielle Kriseninterventionskräfte bereitstellen könnten: die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich. Entscheidend sind für ihn die Anzahl entsprechend trainierter Truppenteile, die schnell und effektiv in ein Krisengebiet verlegt werden können, der politische Wille, diese Truppen auch einzusetzen, und die ökonomische Basis für ihren Unterhalt vor Ort. Da Lindley-French in den Europäern den natürlichsten und substantiellsten Partner Amerikas sieht, stellt er ihren Beitrag in den Kontext amerikanischer Politik. Am wahrscheinlichsten sei, daß auf europäischer Seite Großbritannien die Führungsrolle zufiele. Gleichzeitig ist sein Befund über die derzeitige Lage der britischen Streitkräfte, gemessen am Anspruch, negativ: Selbst die „wehrfreudigen“ Briten könnten seiner Ansicht nach in Zukunft die gewünschte Führungsrolle nicht ausfüllen, wenn die Verteidigungsausgaben nicht merkbar erhöht würden. Dies sei das „strategische Dilemma“ des Vereinigten Königreichs. Seine Belege sind beweiskräftig: Die britischen Streitkräfte wurden in den letzten Jahren auf rund 100 000 Soldaten reduziert, der Verteidigungsetat fiel um rund 25%, und ein entsprechender Ausgleich durch den Einsatz moderner Technologien hat nicht stattgefunden. So erkläre sich, daß derzeit 47% der britischen Armee entweder in Nordirland oder in Übersee stationiert seien. Die Faustregel laute jedoch, daß das Verhältnis von heimischen Kräften zu Einsatzkräften 1 zu 4 bzw. 1 zu 5 betragen sollte. Der Autor schlägt als Korrektur vor, den Verteidigungsetat um etwa 1,6 Mrd. Pfund, das heißt in etwa 0,2% des Bruttosozialprodukts, zu erhöhen.

Das Problem einer tragfähigen politischen und militärischen Strategie

Die Kritik, daß NATO und EU bei der Wahl ihrer Strategie gegenüber Serbien zu sehr die Innenpolitik im Auge gehabt hätten, greift auch Colonel **Vincent Desportes** auf. Aus den Erfahrungen mit den beiden Indochina-Kriegen und dem bewaffneten Konflikt in Algerien zieht er die Lehre, daß taktische Überlegenheit vor Ort das Fehlen einer tragfähigen politischen Strategie nicht ausgleichen kann. Zweifelsohne eine zutreffende Bemerkung, aus der unter gegebenen politischen Umständen jedoch nur sehr schwer politische Konsequenzen zu ziehen sind, da sie die Natur demokratischer Staaten betreffen. Trotzdem ist seine Forderung, daß sich die strategische Planung mehr mit dem Gegner und den Unsicherheiten des Umfelds als mit der öffentlichen Meinung beschäftigen sollte, sicherlich richtig – gerade mit Blick auf die Fehleinschätzung der Politik Miloševićs durch die NATO-Verbündeten.

Auf die Möglichkeiten und Grenzen von Luftschlägen im Zusammenhang der NATO-Operation 1999 geht Air Marshall Sir **John Walker** (zuletzt Chief of Defence Intelligence und seit 1995 in Pension) in einem sehr anregenden Artikel im *RUSI Journal* ein. Er versucht – durchaus mit guten Argumenten – die vielgehörte Kritik zu widerlegen, daß der Konflikt mit Serbien nicht allein durch Luftangriffe hätte entschieden werden können. Aus seiner Sicht war jedoch die NATO-Luftoperation grundsätzlich falsch angelegt. Wenn man mit Luftangriffen eine Entscheidung erzwingen wolle, dann müßten diese Angriffe schockartig, überraschend und überwältigend sein. Was die Akteure wohl auch selbst im nachhinein bemerkt haben, bringt er auf den Punkt: Präzisionsmunition in 15 000 Fuß Höhe auszuklinken sei nicht die Methode, mit der man einen Gegner bezwingen könne, der „ethnische Säuberungen“ betreibt.

Seine Untersuchung läßt es geraten scheinen, sehr genau zu eruieren und zu diskutieren, warum sich die Allianz im Falle Serbiens für die gewählte Art von Zielplanung entschieden hat. Offensichtlich scheint es nach Walkers Einschätzung prüfenswerte Alternativen gegeben zu haben. Auch dieser Autor reiht sich in die Schar derjenigen ein, die kritisieren, daß die Regierungen zu sehr auf die öffentliche Meinung fixiert waren. Die entsprechenden „rules of engagement“ hätten denn auch zwei negative Konsequenzen gehabt:

- eine ineffektive Luftoperation, die zu viele Tote gefordert hat,
- einen Zeitverlust, der – aufgrund innenpolitischer Widerstände – den Erfolg der Operation grundsätzlich in Frage stellte.

Für Walker gehört das Elektrizitätssystem Serbiens zur obersten Zielkategorie. In der ersten Nacht bereits hätte man durch gezielte Zerstörung der entscheidenden Apparaturen in den Elektrizitätswerken die Stromversorgung Serbiens zum Erliegen bringen müssen. Dazu seien keine Graphit-Bomben nötig. Danach hätten die elektronischen und physischen Kommunikationssysteme ausgeschaltet werden können. Ziel einer so konzipierten Operation wäre es gewesen, den serbischen Staat mehr und mehr von der Bevölkerung zu isolieren. Dann hätten die Donaubrücken auch nicht oben, sondern ganz unten auf der Zielliste gestanden.

Sir **Michael Alexander** GCMG (ehemaliger NATO-Botschafter) beschäftigt sich mit einem wichtigen Aspekt jeder Strategie, dem Nutzen nachrichtendienstlicher Aufklärung. Sein Aufsatz ist von britischem Skeptizismus geprägt. Aufgrund einschlägiger Erfahrungen aus dem Helsinki-Prozeß und einer Analyse der Entschlüsselung der berühmten Enigma-Chiffrier-Maschine im Zweiten Weltkrieg kommt er zu dem Schluß, daß eine klare Vorstellung von den eigenen Verhandlungszielen und von der Grenze der Kompromißfähigkeit, verbunden mit der Haltung, daß man sich auf Unvorhergesehenes einstellen muß, wichtiger sei als Insider-Informationen über den Gegner. Die Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo stützen seiner Ansicht nach seine These. Die Zunahme an Informationen würde jedoch die Bedeutung gründlicher Analyse und

Bewertung erhöhen. Dazu seien objektiv arbeitende Experten notwendig, die die eingehenden Informationen filtern und bewerten müßten. Außerdem werde es zunehmend notwendig, sowohl national als auch international auf dem Nachrichtendienst-Sektor enger zusammenzuarbeiten.

Rußland, die NATO und der Kosovo-Konflikt

Erik Yesson untersucht die wichtige Frage, welchen strategischen Kurs die Europäer gegenüber Rußland nach den harten Auseinandersetzungen um die Serbien-Politik einschlagen sollten. Letztlich nimmt er an, daß Rußland aus wirtschaftlichen Gründen weiter mit dem Westen zusammenarbeiten wird. Allerdings sei das Verhältnis zur NATO nach dem Kosovo-Konflikt grundsätzlich gestört, so daß die Allianz Rußland derzeit nicht in den Westen integrieren könne. Wohl wissend, daß die Probleme außergewöhnlicher Natur sind, schlägt er vor, Rußland langfristig das Tor zur EU zu öffnen. Er versäumt es jedoch, die Konsequenzen eines solchen Schrittes für die EU zu prüfen.

Oksana Antonenko greift ein ähnliches Thema auf, nämlich „Russia, NATO and European Security after Kosovo“. Detailliert zeichnet sie die russischen Enttäuschungen über die NATO in den letzten zehn Jahren nach. Unter anderem spricht sie von drei Mythen, die das russische Verhältnis zur Allianz geprägt hätten: vom Mythos der Integration, der 1994 mit der Jelzin-Deklaration eines „kalten Friedens“ geendet hätte, vom Mythos der Partnerschaft, die Primakov nach der Enttäuschung über die NATO-Erweiterung durch die Philosophie einer „multipolaren Weltordnung“ ersetzt hätte, und schließlich vom Mythos der Institutionalisierung der Beziehungen (vor allem: Permanenter Rat) – ein Ansatz, der aus russischer Sicht mit der einseitigen NATO-Aktion gegen Serbien obsolet geworden sei. Besonders eingehend behandelt sie die russischen Befürchtungen im Zusammenhang mit der NATO-Politik gegenüber Serbien: Bestärkung separatistischer Kräfte in der Russischen Föderation, Kosovo als Modell für zukünftige NATO-Operationen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder gar Rußlands.

Die Autorin schildert im einzelnen, wie sich in diesem Zusammenhang die russische Militärdoktrin veränderte, bis hin zum jüngsten Entwurf, der das Szenario einer direkten Bedrohung Rußlands und seiner Verbündeten zeichnet und konstatiert, daß man dieser Lage nur mit einer aktiven Außenpolitik und einem hohen Bereitschaftsgrad der nuklearen und konventionellen Streitkräfte begegnen könne. Entsprechend wäre das jüngste Großmanöver „West-99“ von einem Angriff ausgegangen, den eine nicht genannte Allianz mit Cruise Missiles gegen Weißrußland und den westlichen Teil Rußlands vorträgt.

Alles in allem meint sie, daß eine Rückkehr zu besseren NATO-Rußland-Beziehungen Zurückhaltung auf Seiten der Allianz sowie die Abwesenheit neuer, schwerer Krisen im

Kosovo voraussetze. Die russische Beteiligung an der KFOR-Truppe hätte die Lage nur unwesentlich entspannt. Die russischen Bedingungen für gute Beziehungen mit der NATO seien folgendermaßen zu formulieren: Die Tragödie in Jugoslawien darf sich nicht wiederholen; als Ergebnis der NATO-Erweiterungspläne dürfen keine neuen Trennlinien in Europa entstehen; die NATO muß die legitimen russischen Interessen voll berücksichtigen und die NATO-Rußland-Akte strikt befolgen. Antonenko schlägt vor, daß der Westen möglichst alle Mechanismen außerhalb der NATO nutzt, um die Beziehungen zu Rußland zu verbessern (EU-Rußland-Beziehungen, Europäische Sicherheits-Charta, OSZE, VN, G-8). Die sehr lesenswerte Studie krankt allerdings daran, daß sie weitgehend aus russischer Perspektive geschrieben ist. Deutlichster Ausdruck davon ist, daß die Interessen der zentraleuropäischen Staaten im Kontext der NATO-Erweiterung keinerlei Berücksichtigung finden und auch der russische Krieg in Tschetschenien mit seinen Rückwirkungen auf das NATO-Rußland-Verhältnis unbeachtet bleibt.

Liste der vorgestellten Aufsätze

- Alexander, Michael**, Does Better Intelligence Improve Foreign Policy Decisions?, in: RUSI Journal, (Oktober 1999), S. 1-6.
- Antonenko, Oksana**, Russia, NATO and European Security after Kosovo, in: Survival, 41 (Winter 1999/2000) 4, S. 124-144.
- Arnaud de Foïard, Paul**, Libéralisme et humanisme, in: Défense nationale, (1999) 11, S. 5-12.
- Bozo, Frédéric**, De la „bataille“ des euromissiles à la „guerre“ du Kosovo: l'Alliance atlantique face à ses défis (1979-1999), in: Politique étrangère, (Herbst 1999) 3, S. 587-600.
- Chiclet, Christophe**, UCK: Les vrais maîtres du Kosovo, in: Politique internationale, (Herbst 1999), S. 177-193.
- Defarges, Philippe Moreau**, Union européenne: l'élargissement à reculons, in: Défense nationale, (1999) 11, S. 54-60.
- Desportes, Vincent**, Pour la pensée stratégique, in: Défense nationale, (1999) 8/9, S. 109-121.
- Dufourcq, Jean**, Essai de prospective stratégique: le frein et l'accélérateur, in: Défense nationale, (1999) 11, S. 21-34.
- Fontaine, André**, 1979-1999: De Kaboul au Kosovo, in: Politique étrangère, (Herbst 1999) 3, S. 491-503.
- Garde, Paul**, Kosovo: Missile Intelligent et chausse-pied rouillé, in: Politique internationale, (Sommer 1999) 84, S. 11-64
- Hassner, Pierre**, Entretien avec Pierre Hassner, Le barbare et le bourgeois, in: Politique internationale, (Sommer 1999), S. 82-98.
- Heisbourg, François**, États-Unis 1979-1999: portée et limites de la puissance, in: Politique étrangère, (Herbst 1999) 3, S. 505-518.
- Lindley-French, Julian**, Paying for the Privilege. Why an Ethical Foreign Policy Needs an Increase in Defence Expenditure, in: RUSI Journal, (Oktober 1999), S. 7-10
- Tatu, Michel**, Kosovo: Une chance pour l'Europe, in: Politique internationale, (Herbst 1999), S. 195-208.
- Walker, John**, Air Power for Coercion, in: RUSI Journal, (August 1999), S. 13-19.
- Yesson, Erik**, NATO and Russia in Kosovo, in: RUSI Journal, (August 1999), S. 20-26.

Weitere Ausgaben der SWP-Zeitschriftenschau, Februar 2000

Falk Bomsdorf, Rußland und der Westen: Zurück zum Kalten Krieg? Aus russischen Fachzeitschriften 1999, 26 Seiten

Heinz Kramer, Europäische Union: Die institutionelle Reformdebatte, 4 Seiten

Christoph Royen, Polens Mitgliedschaft in EU und NATO. Aus polnischen Fachzeitschriften 1999, 8 Seiten

Peter Rudolf, Allein hinterm Raketenzaun? Aus amerikanischen Fachzeitschriften, zweites Halbjahr 1999, 8 Seiten